Deutscher Bundestag **Drucksache 15/4985**

15. Wahlperiode 25. 02. 2005

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/1589 –

Wider die Vertrauenskrise – Für eine konsistente und konstante Wirtschaftspolitik

A. Problem

In Deutschland herrscht Wachstumsschwäche, es fehlt an volkswirtschaftlicher Dynamik.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zu einer konsistenten und konstanten Wirtschaftspolitik zurückzukehren, die Vertrauen schafft und verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsakteure setzt.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 15/1589 – abzulehnen.

Berlin, den 23. Februar 2005

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Rainer Wend	**Klaus Brandner**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Klaus Brandner

I. Überweisungen und Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/1589 ist in der 151. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Januar 2005 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss und den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung zur Mitberatung überwiesen worden.

Der **Rechtsausschuss,** der **Finanzausschuss** und der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** haben den Antrag in ihren jeweiligen Sitzungen am 23. Februar 2005 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/1589 fordert die Fraktion der FDP die Bundesregierung auf, zu einer konsistenten und konstanten Wirtschaftspolitik zurückzukehren. Nur so könnten die anhaltende Wachstumsschwäche und fehlende Dynamik der Volkswirtschaft bekämpft werden. Bisher habe es die Bundesregierung versäumt, verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsakteure zu setzen und habe stattdessen sprunghaft, ohne langfristiges Konzept auf kurzfristige Effekte gesetzt. Dabei seien wirtschaftspolitische Eingriffe nie isoliert zu sehen, sondern müssten sich immer an gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen und der Aufrechterhaltung einer funktionierenden Wettbewerbsordnung messen lassen. So müsse das Vorziehen der Steuerreform seriös finanziert werden. Dies sei durch eine lineare Kürzung aller Subventionen um 20 Prozent sowie die Privatisierung staatlicher Beteiligungen möglich. Langfristig müsse der Weg zu einem einfachen und gerechten Steuersystem mit den Sätzen 15, 25 und 35 Prozent eingeschlagen werden. Die Eckpunkte einer nachhaltigen Rentenstrukturreform müssten über mehrere Legislaturperioden hinaus reichen, heißt es weiter. Dazu müssten realistische Annahmen über die Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung in die Berechnung der künftigen Renten einbezogen werden, aber auch Überlegungen zu längerer Lebensarbeitszeit, flexibleren Rentenbezügen mit Zu- und Abschlägen sowie einer Stärkung der Eigenvorsorge. Die komplizierte und bürokratische Riester-Rente sei schnellstens zu überarbeiten, heißt es in dem Antrag der Liberalen. Die anstehende Gesundheitsreform sei zu nutzen, um die Weichen in Richtung Kapitaldeckung in der gesetzlichen Krankenversicherung zu stellen. Die jetzt geplante Reform bewirke bestenfalls eine kurzfristige Kostendämpfung. Die grundsätzlichen Reformnotwendigkeiten und damit ein zukunftstauglicher Versicherungsschutz blieben weiter auf der Tagesordnung. Schließlich wird die Regierung aufgefordert, Reformen auf dem Arbeitsmarkt „aus einem Guss“ anzugehen. Dazu sei es erforderlich, das „wettbewerbsverhindernde Tarifkartell“ zu knacken, Einstellungsbarrieren zu beseitigen und Arbeitskosten zu senken.

Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechende Drucksache verwiesen.

III. Beratung und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat die Beratung der Vorlage in seiner 85. Sitzung am 23. Februar 2005 aufgenommen und abgeschlossen.

Im Ergebnis der Beratungen hat der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1589 zu empfehlen.

Berlin, den 23. Februar 2005

Klaus Brandner
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333